

Guatemala Stadt – Ende September

Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala (28)

„Auch wenn Sie ihr Bier im Voraus bezahlen, wir bedienen keine Abgeordneten. Nein zur Korruption“. Solche Anschläge gab es ab dem 13.9. in vielen Geschäften, Restaurants und Kneipen.

Die Bevölkerung hat die Indignation wiedergefunden. 107 Abgeordnete haben den Bogen nicht etwa überspannt, sondern ihn zerfetzt. Überall wird ihr Rücktritt und der des Präsidenten gefordert. Der hatte schon Anfang des Monats den Immunitätsaufhebungsantrag von CICIG und StA zu überstehen; er schaffte es, aber der Preis war hoch. Noch regiert er, aber er braucht die korrupten Sektoren und scheut sich immer weniger, auch auf die organisierte Kriminalität zu setzen; sie alle wollen die CICIG aus dem Land und die Generalstaatsanwältin (GStA) aus dem Amt haben. Sie schlagen die „Mutter aller Schlachten“ und setzen alles auf eine Karte. Dinge wie Reputation und „das Gesicht wahren“, die Meinung der internationalen Gemeinschaft, der USA und deren Gelder eingeschlossen, zählen momentan wenig. Die Isolierung Guatemalas ist Teil des Plans.

Am 4.9., wurde die Kommission gebildet, die dem Kongress empfehlen sollte, Morales die Immunität abzuerkennen oder zu bewahren. Es war klar, dass sie die Reihen schliessen würden, denn „wenn der Präsident fällt, fallen wir alle“, war einhelliger Tenor.

Am gleichen Abend kam es nach Zeitungsberichten zu Absprachen zwischen Regierung und der, angeblich sozialdemokratischen, grössten Oppositionspartei „UNE“. Teilnehmer: Morales, die Vorsitzende der UNE, Sandra Torres, und die beiden Fraktionsvorsitzenden Blanco und Hernández. Sie mögen sich nicht sehr, haben aber

gemeinsame Interessen, nachdem CICIG und MP u.a. gegen Morales und Blanco wegen illegaler Parteispenden ermitteln wollen (Notizen 27); kurz darauf kommen andere Parteien mit ins Boot. Am 5.9. trifft sich Morales dann u.a. mit Viehzüchtern und der Liga Pro Patria, wieder auf der Suche nach Alliierten¹. Die fordern für ihre Hilfe Subventionen, Steueramnestien und den Kopf des integren Chefs der Steuerbehörde.

Die Absprachen funktionierten: Der Kongress hatte solch ein geschlossenes Abstimmungsverhalten selten gesehen. Mit 105 gegen 24 Stimmen wurde Jimmy Morales am 11.9. „freigesprochen“. Der reagierte frenetisch, seine Nerven waren zuletzt zum Zerreißen gespannt, nachdem das Verfassungsgericht seinen Antrag, Velásquez non grata zu erklären und auszuweisen, gekippt hatte. Er spürte die Staatsanwaltschaft im Nacken. Seine New York Reise im Vormonat (Notizen 27) war eine Katastrophe, aber jetzt ging es ihm besser; er hatte neue Freunde im Kongress und die waren nach der Abstimmung vor Glück wie „besoffen“ und fühlten sich unschlagbar. Ihre weiteren Pläne: Strafen reduzieren, Korruption erlauben, Velásquez und CICIG rausschmeissen, Aldana ersetzen...

Aber sie wollten alles auf einmal; jetzt oder nie! Es ist der 13.9.; in zwei Tagen ist Nationalfeiertag, der in der Regel von marschierenden Schulkindern und Strassen voll blau-weissem Patriotismus geprägt ist. Heute, am 13.9., tagt der Kongress. Blanco und drei Abgeordnete anderer Parteien bringen zwei Gesetzesentwürfe ein. Der erste senkt die Strafen für illegale Parteienfinanzierung, verändert die Straftatbestände und erklärt die Buchhalter der Partei-

¹ Die Ersteren sind berüchtigte Steuerhinterzieher, viele mit Verbindungen zu Drogenkartellen, die Zweiten Ultrarechte mit

en, die in der Regel sicher nicht in die Herkunft illegaler Gelder eingeweiht sind, zu den einzig strafrechtlich Verantwortlichen. 107 gegen 24 Stimmen kompletierten die Konspiration. Mit einem Schlag waren Leute wie Morales und Blanco als Generalsekretäre ihrer Parteien aus dem Schneider. Aber sie schoben noch ein zweites Paket nach²; die Marsical Zavala, unser „Prominentenknastr“, wäre sofort leer gewesen.

Wir waren wie vor den Kopf geschlagen. Wir hatten ihnen viel zugetraut, aber unsere Phantasie war offenbar begrenzt. Und sie planten noch mehr für den nächsten Sitzungstag: Erweiterte Absetzungsmöglichkeiten der Generalstaatsanwältin, die Abschaffung des „Stellenbetrages“³ und die Reduzierung der U-Haft auf ein Jahr. Otto Pérez wäre sofort entlassen worden. Am Abend kam es wieder zu Demonstrationen.

Am nächsten Tag explodierte die Wut. Überall wurde der Rücktritt der 107 Abgeordneten gefordert; langsam wurde das Ausmass des Verrats des Kongresses deutlich. Am 14.9. ordnete das Verfassungsgericht per einstweiliger Verfügung die Nichtigkeit der Abstimmung an, „da sie eine Bedrohung der Justiz darstellt“. Das ermöglichte jetzt Strafverfahren gegen die Parlamentarier, beruhigte aber niemanden mehr.

Mittlerweile stand auf dem Zentralplatz schon die Bühne für den nächsten Tag, Stühle und Blumen für den Präsidenten und sein Gefolge eingeschlossen. Schon mittags gab es Proteste, gegen 18 Uhr waren noch viele auf dem Platz; sie bewegten sich jetzt zur Bühne. Irgendwann

² Guatemala kennt keine Bewährungsstrafe, aber ihre Kommutabilität. Man kann eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren abzahlen mit 5 – 100 Q/Tag, also 220 - 4500 Euro/ Jahr. Viel für Arme, nichts für Korrupte; ein absurdes System. Ohne Diskussion erhöhten sie die Grenze auf 10 Jahre. 400 verschiedene Delikte wären praktisch amnestiert, ein Drittel der Strafgefangenen freigekommen; Vergewaltigung, Erpressung, Entführung und... die Korruptionsdelikte, alles mit dabei.

³ Viele Abgeordnete werden beschuldigt, für Stellen im Kongress kassiert zu haben, die es nie gab.

kamen sie durch; es fielen einige Stühle um, ein paar Blumen wurden beschädigt. Das meiste wurde ordentlich zur Seite geräumt und die Bühne besetzt. Die Kadetten auf dem Platz erschrakten sich so, dass sie gleich die immense Nationalflagge, die hier jeden Tag gehisst wird, vergassen; der leere Mast wurde zum Symbol der nächsten Tage. Morales sprach von Gewalttättern und sagte aus „Sicherheitsgründen“ die Festakte ab. Das war so absurd, dass sich sogar der US-Sender CNN über ihn lustig machte. Offenbar wollte er nicht zum Gegenstand von Protesten bei den Feiern werden und das Thema „gewalttätiger Protestler“ lanzieren. Die Ausrufung des Notstands war bereits Option.

Auch der CACIF, ursprünglich Teil der Konspiration, kritisierte das zweite Gesetz. Das erhöhte den Druck, zusammen mit den Protesten und der Entscheidung des Verfassungsgerichts, so dass viele Abgeordnete einen Tag später um „Entschuldigung“ baten und vereinbarten, die Abstimmung des Vortags morgen, am Feiertag, zu annullieren. Die Reaktion auf der Strasse blieb die gleiche: „Es gibt kein Pardon. Morales und die 107 müssen gehen“. Ohne Ausnahme.

Die Abgeordneten kamen am 15.9. gegen 10 Uhr in den Kongress. Sie kamen noch hinein, verabschiedeten auch brav die Annullierung, wurden aber von der wütenden Menge nicht mehr rausgelassen. „Erst der Rücktritt, dann können sie nach Hause.“ Die Abstimmung war gegen 13 Uhr, 12 Stunden später war der Kongress immer noch umstellt von einer wütenden Menge. Das Sondereinsatzkommando musste ihren Abtransport in öffentlich Bussen garantieren. Es gab Versuche von Provokateuren, Gewalt zu säen, aber es blieb friedlich; trotz der Wut. Sie waren in dicken Autos gekommen und fuhren zutiefst gedemütigt in Bussen ab. Auch die Bilder des Abtransportes wurden zum Symbol. Der neue

Menschenrechtsombudsmann kritisierte zudem einzelne Polizisten und unterstrich die Friedlichkeit der Proteste. Er kam gerade aus New York zurück, wo er im State-Department und der UNO für eine andere Sicht der Dinge gesorgt hatte, bevor Morales am 18.9. erneut kommen würde. Der UN-Generalsekretär empfing Morales diesmal nicht. Der musste seine Absichten zur Mandatsveränderung der CICIG, unter Regelverletzung der UN-Gebräuche, vor der Vollversammlung ankündigen. Auch die USA machten klar, dass ihnen das nicht passt, aber Morales hatte längst auf Radikalisierung und Schulterchluss mit den dunkelsten Sektoren gesetzt.

Das machte den Protest noch stärker und der hat diesmal, im Gegensatz zu 2015, Gesichter: Studentenvertreter, Kollektive und vor allem die Jugend. Und heute gibt es klare Forderungen. Neben denen nach Rücktritt stehen die nach der sofortigen Verabschiedung der Reformen zum Justiz-, Parteien- und Wahlsystem.

Mit diesen Forderungen wurde zum „paro nacional“ am 20.9. aufgerufen. Man kann das mit Generalstreik übersetzen, gemeint sind aber Grossdemonstrationen, die möglich sind, weil auch Geschäfte und Firmen schliessen und demonstrieren. War die Zeit wirklich schon reif dafür? Wir fingen ja gerade erst an und 2015 war der „paro“ der Schlusspunkt von monatelangen Demonstrationen, die sogar den CACIF zwangen, in letzter Sekunde auf den Zug zu springen. Diesmal sagte der aber nein, er wollte die Proteste nicht noch stärken.

Am 19.9. traten dann noch drei Minister zurück, insgesamt waren es jetzt schon fünf (Notizen 27), darunter der Finanz-, der Aussen- und der Innenminister. Vor allem letzterer war ein Garant rechtsstaatlicher Regeln, aber er sah das Ende der Fahnenstange. Die Widersprüche zu Morales waren immer heftiger geworden.

Am 20.9. kam es zu Massendemonstrationen; 125 000 in der Stadt und 80 000 im Land. Es waren immens symbolische Bilder, die über die Fernseher gingen, wobei die Proteste in den Medien nicht stattfanden, deren Eigentümer selbst von CICIG und MP beschuldigt werden. Das Kartell des Schweigens stand. „Kein Pardon für die 107“ und „Morales muss zurücktreten“ waren aber Forderungen, die sich nicht mehr vertuschen liessen. Die Bevölkerung entzog Morales jede Legitimation. Es war überwältigend. Mittelständige Firmen und kleine Betriebe waren geschlossen dabei, auch ohne CACIF.

Einen Tag später, am 20.9., tagte der Kongress und setzte die Immunität von Morales wieder auf die Tagesordnung. Der „Pakt der Korrupten“ hatte Löcher bekommen. Es reichte zwar noch nicht, aber aus den 24 Stimmen gegen die Immunität waren jetzt schon 70 geworden, 42 dagegen und 46 „abwesend“. Mit den „Abwesenden“ könnte es das nächste Mal reichen; 105 Stimmen sind nötig. Und es kommen sicher noch neue Anträge gegen die Immunität von Morales und den Abgeordneten dazu. Sie alle hängen am seidenen Faden; und die Drogenkartelle, Steuerhinterzieher, Abgeordneten, die Mafia und die Militärs sind keine soliden Verbündeten für Jimmy. Sie opfern sich für niemanden und kalkulieren alles.

CACIF und Präsident wollen jetzt einen Dialog, aber die Proteste lehnen das vorerst ab, da weder Morales noch die Abgeordneten die Legitimität dazu besitzen. Die Situation ist gefährlich, da das System auf Repression setzen wird. Sie werden alles tun, um die zu provozieren und zu rechtfertigen. Auf der anderen Seite ist die Bevölkerung dieses System leid und weiss, warum wer zu Morales steht. Es stehen spannende, vielleicht dramatische Tage an.

Miguel Mörth